



## Medienmitteilung

Zürich, 10. Oktober 2024

### **Beschlüsse der Kommissionen**

#### **KSSG: Kein Gesetz über kantonale Ergänzungsleistungen für Familien**

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 5 Stimmen, die parlamentarische Initiative (PI) von SP-Kantonsrätin Birgit Tognella betreffend «Gesetz über die kantonalen Ergänzungsleistungen für Familien ohne existenzsicherndes Einkommen» abzulehnen ([KR-Nr. 26/2018](#)). Die Mehrheit der Kommission will kein neues Sozialwerk schaffen. Auch will sie keine kantonale Lösung und sieht, wenn schon, den Bund in der Pflicht. Eine Minderheit aus SP, Grünen und AL wünscht sich eine würdevollere Familienpolitik. Kinder seien ein Armutsrisiko und Familien müssten entlastet und nicht in die Sozialhilfe gedrängt werden. Für sie sei eine kantonale Lösung notwendig, da die bürgerlichen Parteien im nationalen Parlament die Thematik mit Verweis auf die Kantone abgelehnt hätten. Da die Mehrheit der KSSG trotz Ablehnung der PI am Thema festhalten will, hat die Kommission im Kantonsrat das Postulat KR-Nr. 103/2024 «Prüfung der Einführung von Familienergänzungsleistungen im Kanton Zürich» eingereicht.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

#### **KBIK: Postulat zu Kultur für Personen mit kleinem Budget soll abgeschrieben werden**

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, das Postulat betreffend «Kultur für alle statt für wenige» direkt abzuschreiben ([KR-Nr. 116/2020](#)). Mit dem Vorstoss forderte die SP vom Regierungsrat, in einem Bericht aufzuzeigen, wie die staatlich unterstützten Kulturinstitutionen den Zugang zur Kultur und zu kulturellen Veranstaltungen für alle fördern, vor allem für Personen mit kleinem Budget. Der Bericht der Regierung führt die bestehenden Massnahmen der Kulturinstitutionen im Detail auf und wertet diese aus. Insbesondere wird auf die KulturLegi der Caritas hingewiesen, welche Personen mit kleinem Budget den Besuch kultureller Veranstaltungen ermöglicht. Für die Mehrheit der Kommission erfüllt der Bericht damit die Forderung des Postulats. Eine Minderheit (FDP, SVP) beantragt, das Postulat mit einer anderslautenden Stellungnahme abzuschreiben, in der festgehalten wird, dass die heutige Ausgestaltung der KulturLegi bestehende Schwelleneffekte der Unterstützung verstärke und so den Mittelstand benachteilige. Zudem seien die kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung nicht nur für den subventionierten Kulturbetrieb abzuholen.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

*Im vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.*